

Vernausches Wochenblatt.

N^o. 23.

1850.

Sonnabend,



den 10. Juni.

Ausländische Nachrichten.

Deutschland.

Berlin, 7. Juni. Zum Vertreter Preussens in dem in nächster Woche zusammentretenden Fürsten-Kollegium ist General v. Radowik ernannt worden. Statt seiner wird zunächst noch Herr v. Sydow fungiren.

Die Nachrichten aus Sachsen lauten für die dortige Regierung, seit der Auflösung der Kammern und den letzten strengen Maßregeln gegen die Presse und die Vereine sehr bedenklich, da man diese allgemein als das Werk der ultramontanen Partei betrachtet, gegen welche das fast ganz protestantische Sachsen einen unauslöschlichen Haß trägt.

Durch Verfügung des Polizei-Präsidiums vom 5. d. M. werden der Gutenberg-Bund, das damit in Verbindung stehende Central-Comité, und der Lokal-Verein geschlossen, und es dürfen namentlich Versammlungen des Vereins und des Vorstandes ferner nicht mehr stattfinden. Auch die Arbeiter-Verbrüderung und der Handwerker-Verein haben gestern früh den polizeilichen Befehl zur Auflösung erhalten. Der Staatsanwalt hat nun über diese Verfügungen zu bestimmen.

Die Untersuchung gegen Nicolowit in Potsdam, der Schwager Oefeloge's, hat in Bezug auf das Hauptverbrechen und dessen etwaige Motive gar nichts ergeben. Es wird daher gegen Nicolowit nur noch wegen einer Majestätsbeleidigung involvirenden, Au-

ßerung verfahren. In die Hauptuntersuchung ist er nicht verwickelt.

Berlin, 8. Juni. Zwischen der Englischen und Preussischen Regierung werden Verhandlungen in Betreff der Behandlung politischer Flüchtlinge gepflogen.

Stettin, 7. Juni. Die Korvette „Amazonen“ ist gestern von hier abgegangen. 70 Knaben haben sich bereits gemeldet, um als Schiffsjungen die bevorstehenden Uebungen auf dem Marine-Schiffe „Merkur“ mitzumachen, so daß man zur Erwartung berechtigt ist, die noch fehlende Zahl von 30 gleichfalls ohne Weitläufigkeiten zu beschaffen.

Frankfurt, a. M., 4. Juni. Geheimrer Ober-Regierungs-Rath Mathis ist hier eingetroffen, um, gleich wie General-Lieutenant von Preucker, als königlich Preussischer Beauftragter bei dem Kongresse der Staaten-Devollmächtigten aufzutreten.

Frankfurt a. M., 5. Juni. Mit der gestrigen Ankunft des Hrn. Mathis ist nun der Staaten-Kongreß vollzählig, und es soll morgen die erste Plenarsitzung stattfinden. Die Frage der Präsidentschaft wird vor der Hand durch eine beliebige Alters-Präsidentschaft umgangen werden, dann aber scheint Oesterreich jetzt geneigt, einen Turnus zwischen Preußen und Oesterreich in der Präsidentschaft eintreten zu lassen. Ueberhaupt hören wir in allen politischen Kreisen von Oesterreichischen Diplomaten die Versicherung aussprechen, es sei der Oesterreichischen Regierung weder um den Vorstoß, noch um den Charakter des frü-

heren Plenum zu thun, sondern um eine unantastbare Rechtsgrundlage, auf welche eine neue Institution für Deutschland aufzuführen sei. Da nun der Bund als solcher von allen Seiten als bestehend anerkannt werde, so sei diese Grundlage hinreichend, und es bedürfe nicht eines Festhaltens an der Form der früheren Bundesversammlung. Wenn Oesterreich wirklich in diesem Sinne den Kongreß aufsaßt, dann gehen die Ansichten der Oesterreichischen und Preussischen Regierungen allerdings nicht weit aus einander, und dann wäre auch eine Verständigung möglich. So viel aber weiß man schon heute, daß die allerjüngsten Tage eine gewisse Annäherung zwischen Preußen und Oesterreich in Rücksicht auf ihr hiesiges Handeln zu Wege gebracht haben, so zwar, daß Oesterreich in seinen Forderungen milder und Preußen gegen Oesterreich in seinen Negationen rücksichtsvoller zu Werke geht.

Dresden, 4. Juni. Bei uns drängen sich die Ereignisse; Alles zeigt deutlich, daß eine gute Regierung ohne Landstände besser, rascher und wohlfeiler regiert, als mit diesem schläfrigen Räderwerke, welches die Staatsmaschine nur schwerfällig macht. Wir haben in den drei Tagen des aufgelösten Landtags unendlich Gesehnteres vernommen, als während des sechsmonatlichen Lebens desselben.

Leipzig, 5. Juni. Die Leipziger Zeitung enthält folgende Bekanntmachung, die Todesstrafe betreffend. In Gemäßheit eines am 3. Januar vorigen Jahres im Gesamt-Ministerium gefaßten Beschlusses ist seither die Vollstreckung erkannter Todesstrafen unterblieben und eine Verwandlung derselben im Wege der Vergnadigung eingetreten. Da sich jedoch die Nothwendigkeit herausgestellt hat, den Gesetzen auch in dieser Beziehung ihre volle Wirksamkeit zu lassen, so hat, mit Genehmigung Sr. Maj. des Königs, das Gesamt-Ministerium jenen Beschluß vom 3. Januar 1849 wieder aufgehoben. Das Justiz-Ministerium macht solches hierdurch mit der Bemerkung bekannt, daß nunmehr Todesstrafen, welche wegen von heute an begangener Verbrechen erkannt werden, zum Vollzug kommen, insoweit nicht Sr. Maj. der König an ein-

zelnen Fällen aus besonderen Gründen eine Vergnadigung eintreten zu lassen geruhen wird. Dresden, den 5. Juni 1850. Justiz-Ministerium.

Flensburg, 6. Juni. Gestern Morgen ist hier ein Courier aus Kopenhagen angekommen. Der Abends erschienene Flensburger Korrespondent enthielt darauf aus angeblich ganz zuverlässiger Quelle und nach einer erst so eben aus Kopenhagen eingegangenen Mittheilung Folgendes: Die Dänische Regierung ist mit den sogenannten Vertrauensmännern in Unterhandlungen getreten und die Minister Sponeck und Madwig haben schon mit ihnen Konferenzen gehabt. Es sind folgende Vorschläge gemacht: 1) Schleswig und Holstein erhalten einen gemeinschaftlichen Statthalter, aber unter diesem verschiedene Departements-Chefs für jedes Herzogthum besonders. 2) Den Statthalter so wie die Chefs der Departements ernennen der König von Dänemark und die gegenwärtige Statthalterchaft in Gemeinschaft; dabei sollen der Graf Carl Wolke zu Rürschau, der Geheimer. Schel und der frühere Regierungsrath Höpffner ausgeschlossen sein, doch hat die Statthalterchaft gegen den jetzigen Departements-Chef unter der Landes-Verwaltung, Pleßen, nichts einzuwenden. 3) Es wird eine Landes-Repräsentation für Schleswig und eine Landes-Repräsentation für Holstein nach einem näher zu bestimmenden Modus gewählt, welche in Gemeinschaft mit dem Statthalter für beide Länder Geseze annehmen, auch neue emaniren kann. 4) Die Holsteinische Armee wird bis auf die Stärke des Bundes-Kontingentes reducirt und diese von beiden Herzogthümern unterhalten. 5) Ganz Schleswig wird von Preußen besetzt.

O e s t e r r e i c h .

Wien, 4. Juni. Dem Lloyd zufolge hat eine Gesellschaft Englischer Kapitalisten der Osmanischen Regierung den Antrag gemacht, von Konstantinopel an die Meerestküste und nach Solonichi Eisenbahnen auf eigene Kosten, gegen mit der Staatsverwaltung abzuschließende Verträge, zu erbauen.

In Klausenburg wurden abermals 44 kriegsrechtliche Urtheile gefällt. Die, welche auf

den Tod lauteten, wurden auf 14-, 10- und 8-jährigen Festungarrest gemildert. Auch in Großwarden erfolgten mehrere kriegsrechtliche Urtheile, die in mehrjährige Festungsstrafe ausgingen.

Wien, 5. Juni. Am 26. d. früh traten die Kinder Kossuth's ihre Reise zu ihren Aeltern in Kleinasien an.

Frankreich.

Paris, 4. Juni. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung bestieg der Finanzminister Fould die Tribüne und legte unter allgemeiner Aufmerksamkeit den Antrag auf eine Gehalts-Erhöhung für den Präsidenten der Republik vor. (Lärm auf der Linken: Lesen Sie! Lesen Sie!) Der Finanzminister las den Antrag vor, der sich auf die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Einkommens des Präsidenten (1,200,000 Frs.) bezog, um die Republik würdig zu repräsentiren und in seinem Lande, das seinen Gewohnheiten nach das Staatsoberhaupt als eine zweite Vorsehung betrachte, Gutes zu thun, die Künste zu unterstützen, würdige Handlungen zu belohnen und die Armuth zu unterstützen. Der Antrag setzte den dem Präsidenten auszuweisenden Gehalt auf 3 Millionen fest, wobei alsdann die besonderen Kosten für den Haushalt des Elysee wegfallen würden. Die Linke verlangte die Beseitigung des Antrages durch die Vorfrage. Dupin bemerkte, daß die Regierung verfassungsmäßig das Recht habe, Gesetzentwürfe vorzulegen. Auf Pascal Duprat's Antrag wurde endlich der Gesetzentwurf an eine besondere Kommission verwiesen. (Der Finanzminister hatte verlangt, an den Ausschuß für besondere Kredite.)

Der päpstliche Nuntius hat gestern eine lange Konferenz mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Herrn Lahlitte gehabt, er hat demselben mitgetheilt, daß Lord Palmerston bei der Römischen Regierung eine Note eingereicht hat, in welcher derselbe Genugthuung für die dem Englischen Kanzler Ercole zugesügte Beleidigung verlangt; bei Letzterem hat man nämlich eine Hausfuchung gemacht, um die Korrespondenz Mazzini's mit

Beschlag zu legen. — Lord Palmerston hat gedroht, den Hafen von Ancona zu blockiren, wenn man seinem Verlangen nicht entsprechen wird.

Paris, 5. Juni. Die Konstitution bestimmt in ihrem 62. Artikel: Der Präsident der Republik erhält einen Gehalt von 600,000 Fr. Der Finanzminister beantragt nun noch außerdem 3 Millionen Repräsentationskosten für den Präsidenten. Der Legitimist Leo de Laborde hat folgenden Zusatz zu dem Entwurfe über die Dotation des Präsidenten gestellt: Vom Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes an wird die Entschädigung der Repräsentanten auf 6000 Frs. reducirt. Der Berg spaltete sich gestern bei der Dotationsfrage abermals in zwei Theile. Die reinen Socialisten unter Michel von Bourges verlangten die Vorfrage, der gemäßigte Berg (Flotte, Savoie, Grey, J. Favre) verlangten Verweisung in die Abtheilungen. Die Partei-Versammlung der Rue Rivoli soll entschlossen sein, gegen die verlangte Eivilliste zu votiren. Die Union, das Hauptorgan der Legitimisten, bemerkt, sie wolle über dieses Projekt schweigen und nur daran erinnern, daß jetzt die größte Einigkeit zwischen den beiden Staatsgewalten Noth thue. Die übrigen Legitimistischen Organe führen eine andere Sprache. Die Opinion publique bemerkt: Wir lassen dem Berge die traurige Freude, die Staatsgewalt erniedrigt zu sehen. Aber wir begreifen die Traurigkeit und Ueberraschung der Majorität. Bei dem allgemeinen Leiden sieht man Gehaltserhöhungen nicht gern. Wenn endlich die Republik durch den Luxus ihrer Magistratur sich der Monarchie nähert, so wäre es besser, gleich zur monarchischen Form zurückzukehren. Man wird dann die Unzulänglichkeiten der Republik vermeiden, wenn man ihre Vortheile auch verloren hat. Folgendes ist der Wortlaut des gestern eingebrachten Dekrets: Der Präsident der Republik dekretirt: Art. 1. Dem Finanz-Minister wird für Erhöhung des Kap. XXII. (Erekutivgewalt) ein Supplementar-Kredit von 2,400,000 Fr. eröffnet, um vom 1. Januar 1850 angefangen, die monatlichen Repräsentationskosten

des Präsidenten der Republik auf 250,000 Frs. zu erhöhen. Art. 2. Diese Ausgabe wird mit dem Budget von 1850 gedeckt. Art. 3. Der Kredit des Ministers der öffentlichen Arbeiten für Regiekosten der National-Paläste wird auf 460,000 Frs. herabgesetzt. Geschehen zu Paris, den 4. Juni 1850. Der Präsident der Republik, Louis Napoleon Bonaparte. Der Finanz-Minister A. Fould.

Die außerordentlichen Rüstungen und Aushebungen für die Flotte sind auf Befehl des Marine-Ministers in allen Französischen Häfen eingestellt worden. Die definitive Beilegung des Zerwürfnisses mit England steht daher bald zu erwarten.

Die socialistische Verschwörung, die sich über das südl. Frankreich erstreckte und zu Beziers ihren leitenden Mittelpunkt hatte, hat zu einer gerichtlichen Untersuchung Veranlassung gegeben, die im thätigsten Gange ist. Der Angriffsplan auf die Hauptstadt des Departements war vollständig ausgearbeitet. Alle Papiere der Verschworenen sind in die Hände der Justiz gefallen. Die Liste der Mitglieder der ganzen Gesellschaft soll sich darunter befinden. Es scheint daß dieselbe in ganz Frankreich Verzweigungen hatte. Zu Draguignan, Toulon, Marseille, Montpellier, überhaupt im ganzen Süden sind kürzlich besondere Maßregeln gegen den befürchteten Ausbruch eines Komplotts ergriffen worden, das, wie es scheint, mit den zu Beziers gemachten Entdeckungen in Verbindung stand.

Von der rücksichtslosen Energie Changanier's erzählt man in höhern Kreisen mit einem Gemisch von Aergern und Achtung folgende Scene: General Drouchy machte sich bei der letzten Revue eines leichten Disciplinarvergehens schuldig, Changanier ließ ihm sofort den Degen abnehmen und schickte ihn in Arrest, wo er sich noch befindet obgleich der Präsident selbst für ihn bat. Changanier sagte sehr höflich: Wird die Disciplin in den höhern Chargen locker, so ist sie in den untern nicht zu erhalten, das ist eine Wahrheit, Herr Präsident, die man seit 15 Jahren in Frankreich oft verkannt hat, aber ich hab's gelernt beim alten Bugeaud in Afrika!

Den historischen Forschungen des Herrn Moreau soll es gelungen sein, nachzuweisen, daß Jeanne d'Arc, die Jungfrau von Orleans, weder in der Schlacht gefallen noch zu Rouen von den Engländern als Heze verbrannt ist, sondern sich in Perche verheirathet hat und nach einer langen, mit 18 Kindern gesegneten Ehe, alt und wohlbetagt auf ihrem Landgute verstorben ist.

Spanien.

Madrid, 30. Mai. Der nächste Thronfolger wird nach einem Dekrete der Königin stets Prinz von Asturien heißen.

Großbritannien und Irland.

England soll vom Papste 12,000 Pf. St. Entschädigung für Englische Unterthanen verlangen.

Neueste Post.

St. Petersburg, 29. Mai. Se. Maj. der Kaiser geruhen auf Ihrer Rückkehr von Lowicz nach Warschau am 20. d. Mts. mit Sr. Kais. H. dem Großfürsten Thronfolger nach Neu-Georgiewsk abzureisen, und nach Besichtigung der dortigen Festung und deren Garnison mit Sr. Kaisert. Hoheit bis Suwalki Höchst-Ihre Reise fortzusetzen, woselbst Allerhöchst-dieselben, am 21. d. angekommen, die Truppen der 1. leichten Kavallerie- und der 3. Infanterie-Division die Revue passiren ließen. Nach dieser Revue geruhen Se. Kaisert. Hoh. der Großfürst Thronfolger nach Wilna abzureisen, Se. Maj. der Kaiser aber begaben sich, nach Abhaltung eines Linien-Exerciciums mit den erwähnten Truppen, nach Romno, woselbst Allerhöchst-Sie noch selbigen Tages eintrafen. Am 23. d. geruhen Se. Majestät dort die 1. und 2. Infanterie-Division zu besichtigen und reisten, nach Abhaltung eines Linien-Exerciciums dieser Truppen und nach Musterung des Garnison-Bataillons, am 24. nach Wilna ab, woselbst Allerhöchst-Sie Abends eintrafen. Am 25. Mai geruhen Se. Majestät über die bei Wilna zusammengezogenen Truppen des Grenadier-Korps eine Musterung abzuhalten und reisten am 26. d., nach stattgehabtem Linien-Exercicium derselben Truppen, nach Dünaburg

ab, woselbst Allerhöchst-Sie in der Nacht zum 27. eintrafen. Nach einer Musterung der Reserve-Brigade der 3. Infanterie-Division reisten Sr. Maj. der Kaiser ab und kamen am 28. Mai, um 2 Uhr Nachmittags in erwünschtem Wohlsein in Peterhof an.

Berlin, 9. Juni. Die Intervention in Sachsen ist bereits eine vor der Thür befindliche Frage, welche sowohl für die Kriegsfrage zwischen Preußen und Oesterreich die wesentlichsten Chancen in sich schließt, als auch allein, durch die zufriedenstellende Erledigung, die Gewähr für ein richtiges Verhältniß zwischen dem Preussischen und Oesterreichischen Kabinette würde gefunden werden können. Die neuesten Truppenbewegungen Oesterreichs an der Sächsischen Grenze beweisen, daß die Oesterreichische Regierung diesen Moment schon für angerückt hält. Wenn es in der That zu einer Eventualität dieser Art kommen sollte, würde Preußen sich die gleichzeitige Mitbesetzung Sachsens nicht streitig machen lassen dürfen.

Berlin, 11. Juni. Nachdem Sr. Maj. der König mit Gottes Hilfe so weit hergestellt worden, daß Allerhöchstdieselben am Sonntag dem Gottesdienste in der Schloßkapelle zu Charlottenburg haben beiwohnen können und gestern eine kurze Spazierfahrt durch den Schloßgarten gemacht haben, sind Sr. Maj. heute bei dem sehr günstigen Wetter im Stande gewesen, ihre Residenz nach Sanssouci zu verlegen.

Oesterreich, meldet das Corr.-Bür., soll den von Preußen gestellten Präjudizial-Bedingungen nachgegeben haben. Preußen würde also in Frankfurt mit Oesterreich im Vorzuge wechseln und der Konferenz nicht der Charakter des Bundesplenums beigelegt werden.

Berlin, 12. Juni. Wie wir hören, sollen die Einberufungsschreiben an die Abgeordneten zu Erfurt am 1. Juli und zwar der Art erlassen werden, daß das Unionsparlament gegen das Ende desselben Monats zusammentritt. Ein Preßgesetz soll die erste dem Parlamente zu machende Vorlage sein.

Berlin, 13. Juni. Die Rückkehr des Prinzen von Preußen aus St. Petersburg

wird in wenigen Tagen erwartet. Sicherem Vernehmen nach wird der Prinz Berlin dann nicht so bald für längere Zeit verlassen, da die Verwickelungen der politischen Verhältnisse die Anwesenheit Sr. k. Hoh. bei den Beratungen der Regierung rathsam erscheinen lassen.

Die gestrige erste Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums beschränkte sich auf die Konstituierung des Kollegiums und die Vorlegung der vom Verwaltungsrathe revidirten Geschäftsordnung. Die wesentlichsten Bestimmungen dieser letzteren sind: Im Kollegium kann sich jeder Unionsstaat besonders vertreten lassen. Die Stimmführung in jeder ganzen oder halben Kurie steht dagegen nur Einem dazu beauftragten Bevollmächtigten zu, mit Substitutionsbefugniß in Behinderungsfällen. Den Vorsitz führt Preußen und unterzeichnet alle Namens des Kollegiums erfolgenden Ausfertigungen. Beschlüsse werden durch einfache Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Sitzungen sind regelmäßige, wahrscheinlich zweimal wöchentlich, doch hat Preußen das Recht, außerordentliche Sitzungen anzufagen. Zur Erstattung von Vorträgen werden entweder Ausschüsse oder Referenten durch Wahl der Stimmführenden aus sämtlichen Bevollmächtigten bestellt.

Die durch die Beschlüsse des Fürsten-Kongresses Sr. M. dem Könige überlassene Ernennung des Unionsministeriums ist nunmehr vollzogen. Die Minister S. M., v. Mantuffel und v. Schleinitz, sind zu Ministern der Union ernannt worden.

Die ärztliche Kommission, welche über die Zurechnungsfähigkeit des Sefeloge gutachtlich äußern soll, hat jetzt, nachdem einzelne der hinzugezogenen Aerzte ihre Untersuchungen angestellt haben, Gesamtberatungen unter Zuziehung des Richters und des Verhafteten gehalten, und soll nunmehr bereits zu einer bestimmten Ansicht über den Gemüthszustand des Königsmörders gelangt sein. Wie es heißt, soll das Gutachten der Aerzte die allgemeine Ansicht über Sefeloge bestätigt haben.

Mainz, 8. Juni. (Tel. C. B.) Im

großen Waiprocesse der Rheinheffischen Freischaaren sind heute sämmtliche Angeklagte von den Geschworenen freigesprochen worden.

Altona, 8. Juni. Mit dem heutigen Vormittagszuge kam aus Kiel die Nachricht, daß die Unterhandlungen in Kopenhagen abgebrochen seien und die Vertrauensmänner bereits Kopenhagen verlassen und auf der Rückreise begriffen wären, und heute oder morgen hier eintreffen würden.

Kendsburg, 6. Juni. Kaum glaublich, aber dennoch wahr! Holstein hat den Krieg mit Dänemark begonnen. Denken Sie sich, Herr Willisen hatte sogleich nach Vollendung der Küstenbatterien in Holstein den Befehlshabern derselben den Befehl zukommen lassen, mit den bekannten in Eckernförde erbeuteten achtzehnpfündigen Geschützen die auf Schußweite sich nähernden Dänischen Kriegsschiffe scharf zu begrüßen. — Dieser Befehl ist nun ausgeführt, Holstein hat den ersten Schuß getan.

Aus dem östlichen Holstein, 8. Juni. Da der Waffenstillstand nicht gekündigt, also ein Waffenstillstandsbruch vorliegt, so wird Preußen hoffentlich nähere Erkundigungen einziehen und dem Triumvirat, Neventlow, Bessler und Willisen, andeuten, sich aller Eigenmächtigkeiten zu enthalten, um so mehr, da dieser Angriff unter Aufziehen Deutscher Flagge geschehen sein soll. — Hier in Holstein fürchtet man die Folgen dieser That um so mehr, da wir durch die vorhandenen wenigen Küstenbatterien gegen das gelegentliche Revanchenehmen von Seiten der Dänen keineswegs geschützt sind.

Kopenhagen, 11. Juni. Die Berlingsche Zeitung wiederholt, daß die von den Schleswig-Holsteinischen Vertrauensmännern gemachten schriftlichen Vorschläge von der Dänischen Regierung zurückgewiesen, und setzt hinzu, daß sowohl Herr Heintzelmann wie Herr Pohn bereits abgereist sind, während Graf Neventlow-Farve sich noch hier aufhält, doch erwartet sie, daß auch er sich entfernen wird. Die Regierung würde ohne Zweifel die gemachten Vorschläge veröffentlichen, und daraus beweisen, wie wenig man auf Schles-

wig-Holsteinischer Seite zur Annäherung an einen Frieden geneigt sei.

Wien, 7. Juni. Der heutige Wanderer sagt: Wir haben in der Köln. Ztg. die unten folgende Notiz gelesen, aber Anstand genommen, eine so wenig verbürgte Nachricht unsern Lesern mitzutheilen. Da aber ein Regierungsorgan, die gestrige Reichsztg., diese Nachricht ohne Glossen wiedergibt, und wir vernehmen, daß hierdurch eine ungewöhnliche Sensation hervorgerufen wurde, so können wir dieselbe unseren Lesern nicht mehr vorenthalten. Radezky hat seine Entlassung genommen! Zufolge einer am 25. d. M. hier eingetroffenen Privat-Korrespondenz aus Mailand hat sich das seit Kurzem umlaufende Gerücht, von einem gespannten Verhältniß, in welchem der Feldmarschall zu dem Wiener Kabinet stehe, bestätigt. Radezky hat seine Dimission verlangt, und bereits erhalten, was jedoch, aus Besorgniß vor der Aufregung, welche dieses Ereigniß — und es ist für Oesterreich ein Ereigniß von der größten Bedeutung — in Italien und besonders in der Armee hervorrufen wird, von Seiten des Kabinetts bis jetzt noch verheimlicht wird. Ein Französischer Gutsbesitzer, Inhaber eines der schönsten Landhäuser am südlichen Ufer des Züricher See's, steht mit Radezky wegen des Verkaufs seiner Besitzung in Unterhandlung. Der greise Feldherr gedenkt auf diesem wahrhaft paradiesischen Landsitze mitten in der Schweiz, deren Bewohner sein Name die größte Hochachtung einflößt, seine Tage zu beschließen.

Wien, 8. Juni. Die Nachricht von dem Rücktritte des Marschalls Radezky ist vollkommen richtig, wenn auch von verschiedenen Seiten her der zuversichtlichste Widerspruch laut geworden und diese Angelegenheit in einen geheimnißvollen Schleier gehüllt wird. In militärischen Kreisen wird die Nichtigkeit der Meldung keineswegs in Abrede gestellt, doch sucht man dort der Sache eine andere Deutung zu geben, als sie sonst im Publikum vorkommt, und da diese Ansicht ganz vernünftig klingt, so wollen wir sie auch ohne Rückhalt mittheilen. Der Marschall, so heißt es im Kriegs-Ministerium, sei 83 Jahre alt,

und könne gerade in dem Augenblicke erkranken oder mit Tode abgehen, wo die Ereignisse eine kräftigere Leitung in Italien am Nothwendigsten erscheinen ließen; diese Unzuverlässigkeit stöße der Regierung ernste Besorgnisse ein und es wurde deshalb der Graf Spulay mit der vertraulichen Mission an den Grafen Kadezky entsendet, ihm die Sachlage zart und offen vorzustellen, worauf derselbe seine Dimission einreichte. Nun ist die Absicht, dem General Hefz den Oberbefehl in Italien zu übertragen, der schon vordem die Seele des Hauptquartiers gewesen und von dem auch der kühne Operationsplan gegen Piemont im März 1849 herstammte, damit die Armee sich an den neuen Heerführer gewöhne und zu ihm Vertrauen fasse, um in dem Moment der Entscheidung für alle Eventualitäten gerüstet dazustehen.

Wien, 10. Juni. Es bestätigt sich, daß die Abreise des Kaisers nach Warschau wirklich fest beschlossen war, aber aus triftigen Gründen unterblieb.

Paris, 8. Juni. Heute Morgen wurde das Wahlgesetz in allen Stadtvierteln angeschlagen, man fand es indess bald nachher abgerissen, oder mit Roth beworfen.

Man versichert uns, daß der Präsident der Republik ein Abkommen mit dem Englischen Gesandten wegen der Englisch-Französischen Differenz getroffen hat, und daß letzterer nach London gereist ist, um dessen Bestätigung zu erhalten.

Paris, 9. Juni. In den gestrigen Abtheilungs-Verhandlungen der National-Versammlung zeigten sich dem Dotations-Gesetz für den Präsidenten der Republik günstig 226, ungünstig 305. Die Minister erklärten sich gegen jedes Amendement zum Dotations-Gesetz, aus dem sie eine Vertrauensfrage machen.

Paris, 10. Juni. Das große Publikum bleibe hinsichtlich des Dotations-Gesetzes ziemlich kalt. Die Bezahlung der durch den Präsidenten der Republik gemachten Schulden unter ehrenvollen Formen würde wohl, wie es scheint, von der großen Mehrzahl gebilligt werden, da es bekannt ist, daß diese Schul-

den zum größten Theile von einer oft unüberlegten und oft mißbrauchten Freigebigkeit herühren. Das Ministerium hat aber diesen Ausweg im Voraus abgeschnitten, indem es sich gegen jedes Amendement erklärte, und die Politik steht daher vor einem „Entweder — Oder,“ wie lange keines da gewesen ist.

Zhiers ist gestern mit seiner Frau und seiner Schwiegermutter nach London abgereist. Vor seiner Abreise begab er sich in's Elysee und erklärte dem Präsidenten die Motive seiner Reise. Er wolle noch einmal mit seinem alten Herrn sprechen, bevor dieser das Zeitliche segne. Ludwig Philipp kann nämlich, wie berichtet wird, nur noch eine Stunde täglich außer dem Bette zubringen, er hat eine verhärtete Geschwulst am Magen.

Bekanntmachungen.

Von einem Wohlleben Rathe der Kaiserlichen Stadt Pernaue wird desmittelft bekannt gemacht, daß zur Verpachtung der Getränkesteuererhebung und des Schenkrechts in hiesiger Stadt für das Quadriennium von 1851 bis 1855 abermalige Sorge auf den 3., 4. und 5. Juli, der Peretorg aber, wenn auf dessen Abhaltung angetragen werden sollte, auf den 6. Juli dieses Jahres anberaumt worden sind. Es werden demnächst alle diejenigen welche solche Pacht übernehmen wollen, hierdurch aufgefordert, sich an den genannten Tagen Vormittags 11 Uhr allhier beim Rathe einzufinden und unter Bestellung der bedungenen Kaution ihren Bot zu verlautbaren. Die Pachtbedingungen sind alltäglich in der Raths-Kanzlei einzusehen.

Pernaue, Rathhaus, den 2. Juni 1850.
Im Namen und von wegen des Rathes der Stadt Pernaue

Ober-Bogt Fr. Rambach.

No. 1349.

Schmid, Secr. 2

Von Einem Wohlleben Rathe der Kaiserlichen Stadt Pernaue wird hierdurch allen denen die dabei ein Interesse haben, bekannt gemacht, daß das von der verstorbenen Ehefrau des hiesigen Bürgers und Bäckermei-

stere Sender, Maria geb. Nieländer errichtete und versiegelt eingelieferte Testament am 10. Juli dieses Jahres alhier beim Rathe öffentlich verlesen werden wird und haben diejenigen welche dawider zu protestiren gesonnen sein sollten, ihre Einsprache in der Frist von einem Jahre und sechs Wochen a dato der Verlesung des Testaments, sub poena praecclusi, hieselbst in gesetzlicher Art anzubringen.

Zugleich werden auch alle diejenigen, welche an den geringfügigen Nachlaß der alhier verstorbenen Wittwe Dorothea Elisabeth Wasing geb. Schmidt als Erben oder Gläubiger Ansprüche haben sollten, hierdurch aufgefordert, solche ihre Ansprüche in der Frist von einem Jahre und sechs Wochen a dato dieses Proclams sub poena praecclusi alhier beim Rathe geltend zu machen.

Publicatum Pernau, Rathhaus, den 31. Mai 1850.

Im Namen und von wegen des Rathes der Stadt Pernau.

Ober-Vogt Fr. Kambach.

No. 1343. Schmid, Secr. 3

Von Einem Wohlbed. Rathe der Kaiserl. Stadt Pernau werden, in Beziehung auf die Publikation vom 26. April d. J. sub No. 1056, alle diejenigen hiesigen Stadtbewohner, welche der Revision unterliegen, hierdurch wiederholtlich angewiesen, sich mit ihren Familienlisten, bei Strafe von 2 Rbl. S. W. für jede ausbleibende Liste, spätestens bis zum 1. Juli bei der alhier niedergesetzten Revisions-Kommission zu melden und ihre Anschreibung zu bewirken. Zugleich werden aber auch alle zu den Exemten gehörige hiesige Stadtbewohner hierdurch aufgefordert, ihre Familienlisten, behufs der nothwendigen Kontrolle, in gleicher Frist bei der Revisions-Kommission abgeben zu lassen. Pernau, Rathhaus, d. 9. Juni 1850.

Im Namen und von wegen des Rathes der Stadt Pernau

Justiz-Bürgermeister H. Eiling.
No. 1416. Schmid, Secr. 3

Bekanntmachungen.

(Mit polizeilicher Bewilligung.)

Donnerstag den 22. Juni Nachmittags 4 Uhr werden die Vorsteher des Pernauschen Vereins zur Versorgung seiner Wittwen, Waisen etc. in der Wohnung des Herrn Commerzienraths C. J. Schmidt zur Besorgung der Geschäfte des Vereins versammelt sein. 2

Ein zwei Stock hohes steinernes Wohnhaus mit Nebengebäude, ist unter guter Bedingung zu verkaufen oder auch zu vermietthen; näheres beim Revisor Wachsmuth, gegenüber der Deutschen Kirche. 4

Erottoirsteine verkauft

Hans Diedr. Schmidt. 2

Angelkommene Schiffe.

33) Den 2. Juni: Holl. Schiff Elsie, J. D. Scherpster, von Liverpool mit Salz an H. D. Schmidt.

Abgegangene Schiffe.

23) Den 6. Juni: Wine, Clark, mit Flach nach England, cl. d. J. Jacke et C. — 24) Den 7.: Isabelle et Ann, Greig, mit Hafer u. Heede nach Großbritannien, cl. d. Jacobs et C. — 25) Ocean, Saimond, mit Saac, Flach u. Heede nach England, cl. d. Jacobs et C. — 26) Agenoria, Day, mit Flach nach England, cl. d. J. Jacke et C. — 27) Jules, Johnston, mit Flach u. Heede nach Großbritannien, cl. d. H. D. Schmidt.

Vom 2. bis zum 9. Juni:

Getauft: St. Elisabeth's-Kirche: Marie Peterson. — Carl Weltmann. — Alexander Boldemar Feldhuhn.

Verstorben: St. Elisab.-Kirche: Martin Lant, alt 77 J. — Natalie Wittensson, alt 4½ J. — Jurri Lillesfeld, alt 48 J. — Carl Johann Kurnfeldt, alt 8 W.

Proclamirt: St. Elisab.-Kirche: Jann Simon mit Liso Tennmann.